

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Mai 2024

Unsere Schweiz
schützen

Seite 5



Nein zur
Prämien-Initiative

Seite 7

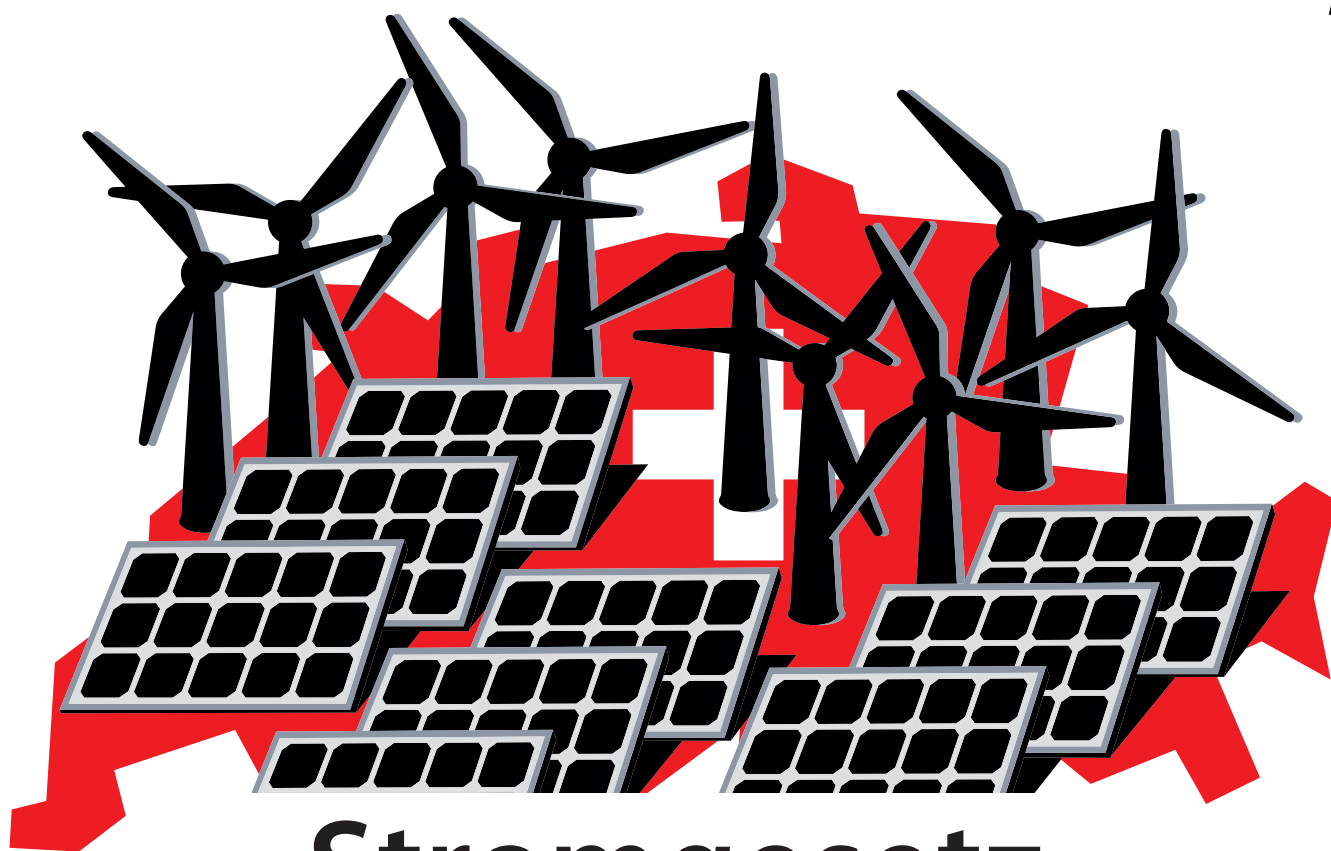


Nein zur
Kostenbremse-
Initiative

Seite 11



Solar- und Windkraft-Zwang?



Stromgesetz NEIN

Taten statt Worte, Herr Bundesrat Jans

Die illegale Zuwanderung über die Asylschiene geht ungebremst weiter. Unsere Nachbarländer haben Grenzkontrollen eingeführt. Und die Schweiz?

Die Medienabteilung von Ankündigungsminister Beat Jans hat ganze Arbeit geleistet. Die Journalisten schreiben sich landauf landab die Finger wund über den angeblichen harten Kurs des neuen Asylministers. Bis jetzt ist allerdings alles nur warme Luft. Nichts hat sich geändert. Und es wird sich unter seiner Führung auch kaum etwas ändern. Das haben wir bereits in den letzten beiden Sessionen festgestellt. Bundesrat Jans hat alle SVP-Vorschläge vehement bekämpft. Wir wollten, dass die Schweiz ihre Grenzen schützt – für den Asylminister kein Thema. Wir wollten einen vorläufigen Asylstopp, weil die Kantone am Anschlag sind. Kein Thema für Beat Jans.

Zusammen mit Fraktionspräsident Thomas Aeschi und Nationalrat Pascal Schmid wollten wir ihm über 200 Vorstösse der SVP überreichen, die alle eine Verbesserung der heutigen Situation

bringen würden. Bundesrat Jans hielt es nicht für nötig, uns in seinem Büro zu empfangen. Jemand aus seiner Medienabteilung nahm die guten Vorschläge der SVP widerwillig entgegen.

Bei der Übergabe, die vor dem Eingang zur Bundesverwaltung stattfand, ist mir etwas Spezielles aufgefallen. Der Journalist, der uns begleitete, konnte nicht durch die Sicherheitsschleuse beim Eingang der Bundesverwaltung. Weil er keine Zutrittskarte hatte. Denn der Eingang in die Bundesverwaltung ist strikt abgeriegelt. Es kommt nur rein, wer rein darf. Das heisst, die gleichen Leute, welche Angst vor den eigenen Bürgern haben, sind für offene Grenzen.

Und so verwundert es nicht, dass im Jahr 2023 wieder über 50'000 Illegale in der Schweiz aufgegriffen wurden. Die Dunkelziffer ist x-fach höher.

Dazu kommen zehntausende Asylanten, die mit kriminellen Schlepperbanden in unser Land kommen – und die Behörden wissen nicht, wer diese Leute genau sind.

Mein Fazit:

Schützen wir doch unsere Grenzen auch so gut wie die Eingänge in die Bundesverwaltung. Schützen wir endlich unsere Menschen im eigenen Land vor der illegalen Migration und der importierten Gewalt.

Marcel Dettling

Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz



Nein zum Solar- und Windparkzwang!

Das Stromgesetz: Wenig Strom für hohe Kosten

Am 9. Juni stimmen wir über das Stromgesetz ab. Es verspricht «eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien». Das Gegenteil ist der Fall.



Von Magdalena Martullo-Blocher, Nationalrätin, Lenzerheide (GR) und Meilen (ZH)

Ohne Kern- und fossile Energie braucht die Schweiz bis 2050 sehr viel neuen Strom. Das Parlament flüchtet sich in einen vermeintlichen «Befreiungsschlag». Mit dem Stromgesetz sollen zehnmal so viel erneuerbare Energien zugebaut werden wie heute, 90 Prozent davon durch grosse Solar- und Windkraftwerke. Dafür müssen 9'000 Windturbinen oder Solaranlagen auf einer Fläche fünfmal so gross wie der Zürichsee installiert werden! Statt einer «sicheren Stromversorgung» erhalten wir Flatterstrom.

Um die Wind- und Solarparks rasch und ohne Hindernisse bauen zu können, werden sie als «im nationalen Interesse» de-

klariert. Die Kantone haben dafür «geeignete Gebiete» auszuscheiden. Im Kanton Zürich sollen 120 Windräder auf jeder zweiten Hügelkuppe, in Graubünden 25 grosse Windparks in den Tourismusdestinationen entstehen. Luzern, St. Gallen und Zürich planen über 80 Windparks. Naherholungsgebiete, Alpen, Wälder und Nutzflächen werden vollgepflastert. Es braucht Rodungen, Betonverankerungen und Zufahrtsstrassen. Viele Gemeinden wollen dies nicht, könnten sich aber neu nicht mehr wehren: Das nationale Interesse (wie bei Autobahnen und der Armee) geht vor. Die Kantone müssen die Anlagen sogar mittels Enteignungen durchsetzen. Graubünden plant einen Windpark, obwohl das Volk diesen ablehnt. Die Zürcher Regierung erklärt Gemeindeentscheide als nichtig. Der Kanton Luzern will Windparks selber genehmigen, nachdem sie lokal abgelehnt wurden. Wir haben keine Rechte mehr.

Über die Hälfte der gigantischen Ausbaukosten wird uns zusätzlich auf die

Stromrechnung geschlagen. Die Strombarone kassieren ohne Lieferverpflichtung. Man schätzt Kosten von über 100 Milliarden Franken, was pro Person 11'000 Franken bedeutet.

Wir müssen aber nicht nur viel mehr bezahlen, sondern unseren Verbrauch auch noch halbieren! Auch das ist im Gesetz vorgeschrieben. Die Elektrizitätsunternehmen installieren bei uns Messgeräte, die sie «zur Flexibilisierung des Verbrauchs» gleich selber ansteuern. Das heisst: Bei wenig Wind und Sonne würde uns dann sogar noch der Strom abgedreht!

Zusammengefasst:

Das Stromgesetz bringt wenig und unsicheren Strom für viel Geld und eine massive Verschandlung der Landschaft. Stimmbürger und Gemeinden werden entmachtet. Deshalb am 9. Juni ein Nein!

Stromgesetz respektive Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien

NEIN

Volksinitiative «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»

NEIN

Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)»

NEIN

Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»

JA

Parolen der Delegiertenversammlung



Darum **NEIN** zum Stromgesetz

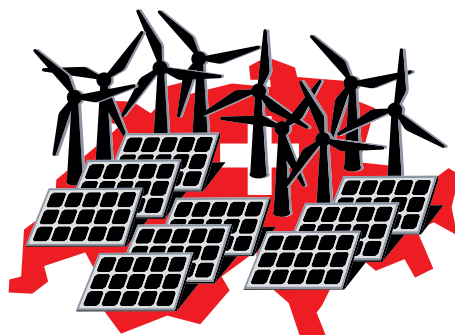
Das neue Stromgesetz bringt einen Solar- und Windpark-Zwang!

- ⚡ In der Schweiz müssen mindestens **45 Terawattstunden** pro Jahr mit **erneuerbaren Energien** produziert werden.
- ⚡ Das bedeutet eine **Verzehnfachung** der heutigen Produktion!
- ⚡ **90 Prozent** müssen mit **Solar- und Windkraftwerken** produziert werden.
- ⚡ Jedes **neue, grössere Gebäude** muss **Solarzellen** haben.

Konkret heisst das:

- ☹ **Verschandelung der Landschaft:** Es müssen 9'000 Windturbinen oder Solaranlagen auf einer Fläche fünfmal so gross wie der Zürichsee installiert werden.
- ☹ **Unsichere Stromversorgung:** Solar- und Windkraft liefern nur Strom, wenn die Sonne scheint oder der Wind weht. Statt einer sicheren Stromversorgung bekommen wir unsicheren Flatterstrom.
- ☹ **Hohe Stromkosten:** Die gigantischen Ausbaukosten werden uns auf die Stromkosten geschlagen. Die zusätzlichen Kosten werden auf über 100 Milliarden Franken geschätzt – das sind 11'000 Franken pro Kopf.
- ☹ **Sparzwang:** Wir müssen nicht nur mehr für Strom bezahlen, sondern unseren Verbrauch auch noch halbieren! Und wenn es keinen Wind hat oder die Sonne nicht scheint, wird uns sogar der Strom abgedreht.
- ☹ **Entmachtung des Volkes:** Neu sind grosse Wind- und Solarparks «im nationalen Interesse». Im neuen Gesetz steht dazu: «**Das nationale Interesse geht entgegenstehenden Interessen von kantonaler, regionaler oder lokaler Bedeutung vor.**» (Art. 12 Abs. 3 revEnG). Das heisst: Einsprachen gegen den Bau von Windkraft- und Solaranlagen werden aussichtslos! Die Stimmbürger und Gemeinden haben nichts mehr zu sagen.

Mit anderen Worten: **Wir sollen also unsere Landschaft mit riesigen Windkraft- und Solaranlagen für unsicheren «Flutterstrom» verschandeln, Milliarden an Subventionen an die Stromkonzerne abliefern und die Mitsprache der Bevölkerung aufheben? Ganz sicher nicht!**



Stromgesetz
NEIN

Unsere Schweiz schützen!



Wir haben die Kontrolle über unsere Grenzen verloren. Die illegale Migration zerstört unsere Sicherheit und unseren Wohlstand.



Von Manuel Strupler,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Kein vernünftiger Mensch lässt die Haustüre sperrangelweit offen und schaut dann mal, wer in die Wohnung kommt, sich am Kühlschrank bedient und ein Zimmer in Beschlag nimmt. Aber genauso läuft es an den Schweizer Landesgrenzen: Es wird nicht mehr kontrolliert, wer in unser Land kommt. Hunderttausende Illegale durchqueren die Schweiz oder tauchen unter. Niemand weiss es. Genauso wenig kennen unsere Behörden die Identität der meisten Asylanten, die zwar ihre Ausweisdokumente «verlieren», aber nie ihre Handys. Und wer einmal hier ist, wird man kaum mehr los.

Die aktuelle Kriminalitätsstatistik führt uns vor Augen, was diese unkontrollierte illegale (Asyl-)Zuwanderung bringt: Unsicherheit und Milliardenkosten. Wir haben eine rekordhohe Kriminalität mit über 1400 Einbrüchen, Diebstählen, Gewalttaten pro Tag. Dazu kommen die Integrationsprobleme der zumeist männlichen Asylanten aus islamischen Ländern. Wie dort mit Frauen oder auch christlichen Minderheiten umgegangen wird, sollte uns eine Warnung sein.

Und was hören wir von gewissen Medien und Politikern? Wir sollen alles abschliessen, uns am Abend vorsichtig verhalten und Wertgegenstände nicht sichtbar tragen, um Diebstähle und Übergriffe zu verhindern. Bei solchen «Ratschlägen» frage ich mich schon: Müssen WIR uns den Kriminellen anpassen? Und was heisst das in Zukunft? Dass Frauen besser Kopftücher statt Sommerkleider tragen sollen, damit sie nicht auffallen oder beschimpft und

belästigt werden? In vielen muslimisch geprägten Stadtvierteln Europas ist dies längst der Fall.

Was ist das für eine Politik? Die Grenzen stehen weit offen – und wir müssen unsere Häuser sichern wie Festungen. Kriminelle Ausländer werden nicht ausgeschafft mit Verweis auf «Menschenrechte». Asylanten kommen mit Schlepperbanden aus der ganzen Welt zu uns und durchqueren dabei verschiedene sichere Staaten. Was hat das noch mit Asyl zu tun? Es geht um eine illegale Einwanderung in unseren Sozialstaat – und die anderen Parteien tun nichts dagegen. Sie bauen weitere Asyl-Unterkünfte.

Deshalb braucht es jetzt einmal mehr die SVP und die Unterstützung von Euch allen. **Mit der Grenzschutzinitiative holen wir uns die Souveränität über unsere Grenzen wieder zurück.** Schützen wir unsere Heimat!

Schädliche Risiken und Nebenwirkungen

2x NEIN zu Kostenbremse- und Prämien-Initiativen

Kosten von bis zu 1200 Franken pro Haushalt

Die Prämien-Initiative führt zu immensen Mehrkosten. 2030 sollen es bis zu 11,7 Mrd. Franken pro Jahr sein. Das belastet Haushalte massiv.

Sparsame Kantone werden zur Kasse gebeten

Die Umverteilung betrifft auch sparsamere Kantone. Sie müssen über den Bund die Prämienverbilligung für weniger sparsame Kantone bezahlen. Das ist ungerecht.

Bürokraten entscheiden, Kranke müssen warten

Die Kostenbremse-Initiative rationiert die Medizin. Weil sich der Kostendeckel an der Konjunktur orientiert, werden Behandlungen bei schlechter Wirtschaftslage eingeschränkt. Das ist absurd.



Deshalb: 2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

www.gesundheitsinitiativen-nein.ch

Subventionen und Umverteilung lösen keine Probleme im Gesundheitswesen

Die hohen Krankenkassenprämien sind eine Belastung. Aber die Prämien-Initiative der SP löst dieses Problem nicht, sondern sorgt nur für mehr Umverteilung.



Von Martina Bircher,
Nationalrätin,
Aargau (AG)

Die SP will, dass keine versicherte Person mehr als 10 % ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien der Grundversicherung aufwenden muss. Was darüber liegt, soll durch Prämienverbilligungen gedeckt werden.

Es gibt bereits heute Prämienverbilligungen in der Höhe von jährlich 5,4 Milliarden Franken. Mit der Initiative kämen weitere 4,5 Milliarden hinzu – Tendenz steigend! Hier sind wir beim ersten grossen Haken: **Woher sollen die Kantone und der Bund diese zusätzlichen Milliarden nehmen?** Natürlich von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Der Mittelstand wird die Rechnung gleich doppelt bezahlen müssen: durch höhere Prämien und höhere Steuern (rund 1300 Franken pro Haushalt).

Die SP-Initiative ist eine reine **Symptombekämpfung**. Sie unternimmt nichts gegen die stark steigenden Gesundheitskosten, sondern pumpt einfach mehr Geld ins System. Das heisst: Es gibt künftig noch weniger Anreize, Kosten im Gesundheitswesen einzusparen.

Die mittlere Krankenkassenprämie liegt im Kanton Basel-Stadt bei 451 Franken. In meinem Hei-

matkanton Aargau bei 333 Franken. Warum ist das so? Die ländlichen Kantone haben ihre Gesundheitskosten besser im Griff. **Und die ländliche Bevölkerung rennt auch nicht wegen jedem Wehwehchen zum Doktor.** Die Umverteilungs-Initiative der SP wird aber genau diese sparsamen Kantone bestrafen. Die Folge: Höhere Krankenkassenprämien für die ländliche Bevölkerung.

Die SP-Initiative schafft Fehlanreize. Sie belohnt Leute mit Prämienverbilligungen, die bewusst Teilzeit arbeiten und darum weniger verdienen. Es geht der SP einmal mehr um Umverteilung. **Dazu soll die**

Volksinitiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»

NEIN

Bevölkerung mit unbezahlbaren und übermässigen Prämienverbilligungen geködert werden. Wird die Initiative hingegen abgelehnt, tritt der indirekte Gegenvorschlag in Kraft.

Der indirekte Gegenvorschlag nimmt die Kantone in die Pflicht. Denn die Prämienverbilligungen wurden in den letzten Jahren nicht überall in gleichem Masse an die gestiegenen Gesundheitskosten angepasst. Hier gibt es Nachholbedarf. Wer diesen vernünftigen Kompromiss möchte, stimmt am 9. Juni **Nein zur Prämien-Initiative**.

NEIN zur Umverteilung



Achtung vor den «roten» Strolchen: Sie plündern den Mittelstand!

Gesslerhut aus Strassburg:

Wir dulden keine fremden Vögte!

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat «entschieden», dass die Schweiz mit ihrer Klimapolitik «Menschenrechte» verletzt. Das ist absolut lächerlich, aber auch tragisch und inakzeptabel. Wir müssen die direkte Demokratie retten!



Von Michael Graber,
Nationalrat und Stadtrat
Brig-Glis (VS)

Sie haben es bestimmt mitbekommen: Der Verein «KlimaSeniorinnen Schweiz» hat im Auftrag von Greenpeace unser Land verklagt und die Strassburger Richter haben beschlossen, dass die Schweiz mit ihrer demokratischen, vom Volk legitimierten Klimapolitik die Menschenrechte verletzt.

Sie haben richtig gelesen: In Zeiten, in denen in Europa Kriegsverbrechen begangen werden, wird Klimaschutz zum Menschenrecht erhoben! Die Schweiz habe es nicht geschafft, ältere Damen vor der Hitze zu schützen. Damit sollen die Menschenrechte von ausgerechnet jener Menschengruppe verletzt werden, deren Lebenserwartung noch nie in der Menschheitsgeschichte so hoch war wie heute (85 Jahre bei den Frauen, 81 Jahre bei den Männern).

Die fremden Richter kümmern sich also plötzlich nicht mehr um das Recht auf Leben, das Verbot der Folter, die Religions-, Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit oder um die Gleichheit vor dem Gesetz, sondern um banale, linksgrüne Klimawahn-Propaganda. Wegen eines globalen Phänomens sollen wir nun

unser erfolgreiches Land kaputt regulieren. Fremde Richter betreiben Politik gegen den Volkswillen. Ein No-Go sondergleichen.

Dass fremde Richter ihr Amt für die scheinheilige Politik der Luxuslinken und Möchtegern-Weltverbesserer missbrauchen, könnte in Zukunft zum Standard werden. Der Bundesrat will, dass sich die Schweiz mit einem Rahmenabkommen der EU unterwirft – und damit auch den EU-Richtern: Die Schweiz muss automatisch EU-Recht übernehmen, sich dem EU-Gerichtshof unterstellen und regelmässig Zahlungen in Milliardenhöhe an die EU leisten. Die Schweiz kann von der EU sogar bestraft werden, wenn unsere Volksentscheide nicht dem Brüsseler Willen entsprechen: mit Bussen und Sanktionen. Die direkte Demokratie würde abgeschafft. Die Schweiz, wie wir sie kennen, gäbe es nicht mehr.

Das gilt es, um jeden Preis zu verhindern. Die SVP steht zur Schweiz und zur direkten Demokratie.

Wir grüssen keinen Gesslerhut. Und wir dulden keine fremden Vögte.





Der Bundesrat und die anderen Parteien wollen einen Unterwerfungsvertrag mit der EU: Die Schweiz soll automatisch EU-Recht übernehmen und sich dem EU-Gerichtshof unterstellen. Damit zerstören sie die Selbstbestimmung und die demokratischen Rechte des Schweizer Volkes.



Von Thomas Aeschi,
Nationalrat und
SVP-Fraktionspräsident,
Baar (ZG)

Die EU und das EDA haben bereits eine gemeinsame Erklärung (sog. Common Understanding) verabschiedet. Dort kommt der Bundesrat den Forderungen der EU weitgehend entgegen.

Unter *Punkt 13* des Common Understanding wird der «Gleichbehandlung aller EU-Bürgerinnen und -Bürger» zugestimmt. **Die EU-Unionsbürgerrichtlinie soll mit wenigen Ausnahmen übernommen werden.** Zudem sollen EU-Bürger schon nach fünf Jahren (statt wie bisher zehn Jahren) die Niederlassungsbewilligung erhalten. Und sie dürfen auch dann in der Schweiz bleiben, wenn sie arbeitslos oder sozialhilfeabhängig werden. Dies ist ein Verrat am Schweizer Volk, das am 9. Februar 2014 die eigenständige Steuerung der

Zuwanderung mittels «Höchstzahlen und Kontingenten» beschlossen hat. Das vorgesehene Abkommen bewirkt das Gegenteil und würde die Personenfreizügigkeit sogar noch ausweiten. Zudem stehen mit Albanien, Kosovo, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien, Montenegro, Ukraine, Moldawien und Georgien weitere 60 Millionen arme zukünftige EU-Bürger vor der Tür.

Unter *Punkt 9* des Common Understanding verpflichtet sich die Schweiz bisheriges und künftiges EU-Recht zu übernehmen. **Nicht mehr wir Schweizer bestimmen die Gesetze, sondern Brüssel.** Damit wird auch die kantonale Souveränität und damit der Föderalismus ausgeschaltet. *Punkt 12* des Common Unders-

tanding sieht «Ausgleichsmassnahmen» vor, sollte es das Schweizer Volk oder das Parlament wagen, die Übernahme einer EU-Bestimmung abzulehnen. Man muss sich das vorstellen: **Wir würden die EU ermächtigen, Strafmassnahmen und Bussen gegen die Schweiz zu erlassen, wenn wir nicht brav ausführen, was die EU will!**

Dazu kommen regelmässige Milliardenzahlungen an die überschuldeten EU-Staaten und die Unterstellung unter die EU-Gerichtsbarkeit. **Das Abkommen führt die Schweiz schleichend in die EU.** Ein solcher Anbindungs- und Unterwerfungsvertrag ist mit allen Mitteln zu bekämpfen!



JA zur Eigenverantwortung – kein Impfzwang

Ein JA zur Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» ist ein JA zur persönlichen Freiheit und eine Absage an einen Impfzwang.



Von Pirmin Schwander,
Ständerat, Lachen (SZ)

«Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.» Dieses Grundrecht ist in Artikel 10 unserer Bundesverfassung festgeschrieben. Und in Artikel 36 Absatz 4 der Bundesverfassung wird dieses Grundrecht noch verstärkt: «Der Kerngehalt der Grundrechte ist unantastbar.» Die geistige

und körperliche Unversehrtheit ist also unantastbar. Oder mit anderen Worten: Jeder Mensch entscheidet selbst, was mit seinem Körper passiert.

Niemand hatte bis zur Coronazeit dieses Grundrecht in Zweifel gezogen. Als Antwort auf die Verbrechen der Nazi-Diktatur und auf die Opfer des Zweiten Weltkrieges wurde dieser Grundsatz sogar weltweit in vielen Verfassungen verankert. Dann kam Corona und der Lockdown. Ohne wissenschaftliche Evidenz wurde eine angstbesetzte Politik durchgesetzt. Kontrolle statt Vernunft, hiess die Parole. Die Freiheiten der Menschen und ihre Persönlichkeitsrechte wur-

den mit Ausgangssperren, Zertifikaten und Besuchsverboten in Altersheimen und Spitälern eingeschränkt. Niemand hätte sich vor der Coronazeit vorstellen können, dass sich die Entscheidungsträger in der Schweiz – ohne Not und ohne wissenschaftliche Evidenz – über Nacht einer sehr autoritären Angstopolitik verschreiben.

Und in diesem Punkt setzt nun die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» ein. Nachdem der heutige, verfassungsmässig garantierte Schutz der körperlichen und geistigen Unversehrtheit nachweislich nicht genügend greift, soll das Grundrecht ergänzt werden. Nach dem Initiativtext muss eine Person für Eingriffe in die körperliche und geistige Unversehrtheit künftig explizit zustimmen. Und wenn eine Person nicht zustimmt, darf sie deswegen nicht bestraft werden wie bei den Zertifikatsvorschriften während der Coronazeit. Eigentlich alles Selbstverständlichkeiten. Es gibt keine Argumente dagegen ausser den üblichen allgemeinen Vorwürfen, der Initiativtext sei unklar formuliert. Ein JA zur Initiative ist darum ein JA zur persönlichen Freiheit und eine Absage an einen Impfzwang.



Impfzwang verhindern!



Kostenbremse-Initiative: Das falsche Rezept für ein echtes Problem

Die Kostenbremse-Initiative verlangt einen Kostendeckel für grundversicherte Leistungen der obligatorischen Krankenversicherung. Steigen die Prämien mehr als die Löhne, müssen Bund und Kantone kosten-senkende Massnahmen beschliessen. Welche Massnahmen genau das sein sollen, darüber schweigen die Initianten.



Von Thomas de Courten,
Nationalrat,
Rünenberg (BL)

Die Kostenbremse-Initiative funktioniert nach dem Vogel-Strauss-Prinzip: Deckel drauf, wegschauen – und warten, bis es überkocht. Dabei weiss jedes Kind, dass die «Morerei» nach dem Überkochen noch grösser ist als vorher und das Aufräumen noch aufwendiger wird.

Mit einem «Deckel drauf!» lässt sich das Problem der steigenden Kosten im Gesundheitswesen nicht lösen. Es wird sogar verschlimmert: Medizinische Leistun-

gen würden rationiert, das Angebot eingeschränkt, die Qualität reduziert. Nur noch diejenigen, die es sich leisten können, hätten keine Einschränkungen. Eine «Zweiklassenmedizin» wäre die Folge. Der allgemeine Versicherungsschutz, den wir alle mit unseren Prämien teuer bezahlen, würde ausgehebelt.

Ein Nein zur Initiative ist ein Ja zum Gegenvorschlag

Wir alle ärgern uns über die stark steigenden Prämien. Das Kostenwachstum hat Gründe, die wir benennen können. Wir werden alle immer älter. Chronische Leiden und Wohlstandskrankheiten nehmen zu. Der medizinische Fortschritt gibt auch bisher Unheilbaren neue Hoffnung. Es bestehen weiterhin noch sehr viele Fehlanreize, Doppelspurigkeiten und Ineffizienzen im System. Es wird immer mehr reguliert

und kontrolliert. Das volle Rundum-Sorglos-Paket ist für alle im Land verfügbar – selbst für jene, die erst seit kurzem hier leben und noch keinen Beitrag zur Finanzierung geleistet haben.

Der Handlungsbedarf ist unbestritten. Das Parlament hat deshalb einen indirekten Gegenvorschlag erarbeitet. Er tritt aber nur in Kraft, wenn die Initiative abgelehnt wird. Parallel dazu ist das Parlament mit Kostensenkungspaketen an der Arbeit. Damit werden konkrete Fehlanreize korrigiert, Medikamentenpreise gesenkt und Leistungserbringer ebenso wie Krankenkassen in die Pflicht genommen. Wir brauchen im Gesundheitswesen umsetzbare Lösungen und mehr Wettbewerb. Damit wir alle auch in Zukunft auf die bestmögliche Gesundheitsversorgung zählen können.

MIT
EIGENEM
mobility
STANDORT

MINERGIE- EIGENTUMSWOHNUNGEN

3.5er mit 99 m² (2 Balkone) ab CHF 659 000

4.5er mit 120 m² (2 Balkone) ab CHF 799 000

Attika 212 m² (2 Terrassen) ab CHF 1 430 000

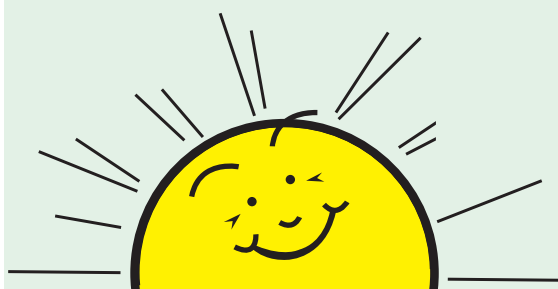


Erleben Sie eine sensationelle Wohnlage mit unverbaubarer Aussicht. Nur 5 Minuten vom Stadtzentrum Schaffhausen/SBB und 35 Minuten von ZRH; mit attraktivem Steuersatz. Nebelfreie Tage im Winter (700 m ü. M.); Top-Besonnung.

BERATUNG UND VERKAUF: WERTBAU SCHAFFHAUSEN

Gian-Rico Willy | +41 79 633 44 70 | grw@8236.ch | www.8236.ch

Unterstützen Sie die SVP im Kampf für Freiheit und Sicherheit mit einer Spende!



svp.ch/mitmachen/spenden

Erhalten Sie wichtige SVP-News direkt per WhatsApp

Registrieren Sie sich in wenigen Schritten:

1. Speichern Sie unsere Nummer
079 470 12 91
unter SVP Schweiz ab.
2. Schicken Sie uns die Nachricht
«START» –
und es kann losgehen!



GOAL GLOSSAR



Kampagne

Kampagne

<lat.> campus (Feld, Feldzug)

Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt: Was ist mein Ziel?
Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner? Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können!
Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Ein grosses Dankeschön!



Von Thomas Matter,
Unternehmer und
Nationalrat, Meilen (ZH)

Innerhalb von nur gerade neun Monaten hat die SVP unter dem Lead der Zürcher Kantonalpartei 114'600 beglaubigte Unterschriften für unsere

Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» eingereicht. Nicht nur, dass damit das notwendige Quorum praktisch in Rekordzeit übertroffen wurde, ist bemerkenswert. Das Sammeln von Unterschriften für diese «Nachhaltigkeitsinitiative» hat sicher auch dazu beigetragen, dass die SVP bei den eidgenössischen Wahlen 2023 als Gewinnerin hervorgegangen ist. Für den grossen Sammelerfolg verantwortlich ist eigentlich eine traurige Tatsache: die masslose

und unkontrollierte Zuwanderung in unser Land. Sie ist die Hauptursache für die dringlichsten und wichtigsten Probleme, unter denen die Schweiz leidet. Weil das viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger auch längst gemerkt haben, fiel das Sammeln der Unterschriften für einmal etwas leichter. **Dennoch ist es mir ein Bedürfnis, all jenen ganz herzlich zu danken, die sich für das Zustandekommen dieser Initiative engagiert haben.**

SAGEN SIE HALLO ZUM NEUEN SUZUKI SWIFT IN DER LIMITIERTEN 1ST-EDITION* MIT FOLGENDEN EXTRAS:

- Sportlich designte Frontzierleiste im 1st-Edition Look
- Moderne Dekorelemente mit attraktiven Einstiegsleisten
- 5 Jahre SUZUKI Premium-Garantie (3+2) geschenkt
- Bewährte ALLGRIP-4x4-Technologie
- Exklusivität durch die limitierte Auflage von 1000 Exemplaren

BEREITS FÜR
Fr. 19 990.-
Fr. 119.-/MONAT



SUZUKI
KÖNIGSPARTNER
ESAF 2025
GLARNERLAND+



SUZUKI FAHREN, TREIBSTOFF SPAREN: New Suzuki Swift Unico Hybrid, 5-Gang manuell, Fr. 19 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.6l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: B, CO₂-Emissionen: 104 g/km. Abgebildetes Modell: New Suzuki Swift 1st-Edition Compact Top Hybrid 4x4, 5-Gang manuell, Fr. 26 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5.2l/100km, Energieeffizienz-Kategorie: C, CO₂-Emissionen: 117 g/km. *Angebot ist limitiert auf Compact+ und Compact Top Modelle, exkl. Unico. **Leasingkonditionen:** 36 Monate Laufzeit, 10 000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 3.97%, Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30% vom Nettokaufpreis. Die Laufzeit und Kilometerleistung sind variabel und können Ihren persönlichen Bedürfnissen angepasst werden. Ihr Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Sie zugeschnittenes Leasingangebot für den Suzuki Ihrer Wahl. Alle Preise verstehen sich inkl. MWST. Diese Konditionen sind gültig für alle Leasingverträge und die Fahrzeug-Immatrikulation vom 1.1.2024 bis auf Widerruf. Eine Leasingvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung der Konsumentin oder des Konsumenten führt.

SUZUKI
Die kompakte Nr. 1
www.suzuki.ch

Importierte Kriminalität ausser Kontrolle!

Die SVP warnt seit Jahren vor den Folgen der masslosen Zuwanderung und der verfehlten Asylpolitik. Doch die Mitte-Links-Mehrheit verschliesst die Augen. Die neue Kriminalstatistik spricht eine klare Sprache: Die Sicherheit unserer Bevölkerung leidet.



Von Pascal Schmid,
Nationalrat,
Weinfelden (TG)

Ein Blick in die neuste Kriminalstatistik genügt: Die Ausländer- und Asylpolitik der Schweiz ist gescheitert. Wer es jetzt noch nicht begriffen hat, sollte rasch umdenken. Denn es ist eine Minute vor Zwölf, wenn wir Zustände wie in Berlin, Paris und Stockholm verhindern wollen.

Letztes Jahr wurden in der Schweiz 522'558 Straftaten (ohne Verkehrs-, Drogen- und Ausländerrechtsdelikte!) registriert. Das sind 14 % mehr als im Vorjahr (458'549). 44 % der Täter sind Schweizer, 56 % Ausländer.

Die Kriminalstatistik weist nur Schweizer fein säuberlich aus. Alle anderen Nationalitäten werden verschleiert. **Fakt ist: Es gibt Nationalitäten, die massiv übertreten sind.** Dazu gehören Algerier, Marokkaner, Rumänen, Ukrainer und Afghanen. Engländer, Schweden und Amerikaner sind demgegenüber völlig unauffällig. Fakt ist auch: Asylmigranten sind weitaus häufiger kriminell als Schweizer. **Sie begehen 76-mal häufiger Fahrzeugeinbrüche, 13-mal häufiger Raubüberfälle und 6-mal häufiger Vergewaltigungen.**

Das alles hielt Bundesrat Jans (SP) nicht davor ab, im Nationalrat zu behaupten, Kriminalität sei keine Frage der Nationalität. Die Mehrheit der Asylsuchenden sei nicht kriminell – und für diese sei er da. **Besser wäre es, wenn er für die Schweizerinnen und Schweizer da wäre.**

Seit Jahren importieren wir Kriminalität aus aller Welt. Damit setzen wir die Sicherheit unserer Bevölkerung aufs Spiel. Statt der SVP vorzuwerfen, die erhöhte Asylkriminalität auszunützen, würde Bundesrat Jans besser energisch dagegen vorgehen. Unkontrollierte Grenzen, Kuschelstrafen und Larifari-Vollzug **ziehen Kriminelle aus aller Welt geradezu an.**

Unsere Bevölkerung hat das Recht, in Sicherheit zu leben. Dafür steht der Bundesrat in der Pflicht – aber auch die Justiz. Straftäter müssen viel härter angepackt werden. Und kriminelle Ausländer sind ohne Wenn und Aber auszuschaffen. Wir fordern klipp und klar: **Null-Toleranz bei Ausländer- und Asylkriminalität!**

Neue Normalität?

Afrikanische Konflikte auf Schweizer Boden

Opfikon (ZH): «Anhänger des eritreischen Diktators Isaias Afewerki und Regimegegner gingen teils mit Schlagstöcken aufeinander los.»

Quelle: Tages-Anzeiger



Wer das nicht will, wählt:





CITROËN



5 JAHRE
CITROËN
GARANTIE

C5 AIRCROSS

Grosszügigkeit als neue Lebensart.

Ab CHF 26'990.-



Advanced Comfort®
Active Suspension®



Advanced
Comfort-Sitze®



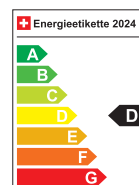
Akustisches
Verbundglas

citroen.ch



Folgen Sie uns auf @citroenswitzerland

Angebot gültig für den Kauf zwischen dem 01.05.–31.05.2024. Angebot gültig für Privatkunden, nur bei den an der Aktion beteiligten Händlern. Empfohlener VP inkl. MwSt. Citroën C5 Aircross PureTech 130 You, Katalogpreis CHF 26'990.-. Abgebildetes Modell: Citroën C5 Aircross Hybrid 136 ë-DCS6 ë-Series, Katalogpreis CHF 43'040.-, Garantie 5 Jahre/100'000 km (was zuerst eintritt) geschenkt; Verbrauch gesamt 6,2 l/100 km; CO₂-Emission 139 g/km; Treibstoffverbrauchskategorie D. AC Automobile Schweiz AG behält sich das Recht vor, die technischen Daten, die Ausstattungen und die Preise ohne Vorankündigung zu ändern.



Liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen



Von Walter Wobmann,
alt Nationalrat und Präsident
Komitee Neutralitätsinitiative,
Gretzenbach (SO)

Am 11. April wurden einen Monat vor Ablauf der Sammelfrist 132'780 beglaubigte Unterschriften der Neutralitätsinitiative der Bundeskanzlei übergeben. Ein sehr starkes Zeichen für die schweizerische Neutralität! Im Namen des Komitees danke ich allen für die grosse Unterstützung der Unterschriftensammlung!

Die Initiative ist die notwendige Antwort auf die Aushöhlung und Abschaffung der Neutralität. Nachdem Bundesbern kopflos die EU-Sanktionen übernahm, soll unser Land jetzt in die NATO geführt werden.

Deshalb muss der Kern der Neutralität in der Verfassung verankert werden:

1. Die Neutralität ist immerwährend, bewaffnet und umfassend.
2. Kein Beitritt zu einem Militärbündnis (NATO).
3. Nichtbeteiligung an fremden Kriegen, auch nicht mit nicht-militärischen Zwangsmassnahmen.

4. Eine glaubwürdige Neutralität ermöglicht gute Dienste und eine echte Friedensdiplomatie.

**Jetzt bereiten wir
den Abstimmungskampf vor.
Ich zähle erneut
auf Ihre Unterstützung.**



Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Ich helfe mit!

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. Bezirk / Region werden.
Ich zahle einen jährlichen Mitgliederbeitrag und werde zu den Versammlungen und Veranstaltungen eingeladen.
- ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort den Gratis-Newsletter an die untenstehende E-Mail-Adresse.
- ☐ Ich wäre gerne per WhatsApp über die wichtigsten Aktivitäten der SVP Schweiz informiert.
Natel-Nummer: _____
- ☐ Ich unterstütze die SVP finanziell
- ☐ Ich spende _____ Franken auf **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001Y** der SVP Schweiz.
- ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- ☐ Ich willige ein, dass Sie meine Adresse für Werbung der SVP benutzen dürfen.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:

SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58

Spenden Sie:

